

KURZFASSUNG & Botschaften

Zweiter **BERICHT** 2023

Des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg
gegen Antisemitismus

Dr. Michael Blume



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

ÜBERSICHT

RÜCK- UND AUSBLICK DES BEAUFTRAGTEN GEGEN ANTISEMITISMUS	2
ALLGEMEIN	4
PROBLEM- UND HANDLUNGSFELDER	5
1. Krisen verstärken Antisemitismus.....	5
2. Verschwörungsmysmen sind Katalysatoren der Radikalisierung	6
3. Antisemitische Straftaten und Vorkommnisse haben stark zugenommen	6
4. Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft und Alltagserfahrung für Juden und Jüdinnen.....	7
5. Resignatives Anzeige- und Meldeverhalten tragen zu hohem Dunkelfeld bei.....	7
6. Verbreitung und Realwerdung von digitalem Antisemitismus sind eine Gefahr	8
7. Israelfeindlichkeit ist die häufigste Ausdrucksform des Antisemitismus	9
8. Antisemitismus und aktuelle Agitation rechter Prägung.....	9
9. Muslimischer und Migrantischer Antisemitismus müssen stärker ausgeleuchtet werden ..	10
ERREICHTES.....	11
NEUE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN 2023	13
Der Zweite Bericht enthält 46 Handlungsempfehlungen	13
Zwölf Handlungsfelder der Empfehlungen	13
1. Kreise und Kommunen als engagierte Partner stärken.	13
2. Benachteiligung jüdischer Zugewanderter beheben.	13
3. Projekte gegen digitale Hetze stärken.	13
4. Medienschaffende und Wissenschaftlerinnen als Mitbetroffene antisemitischer Verschwörungsmysmen schützen.	13
5. Justiz als Partner der jüdischen Gemeinden stärker greifbar machen.	13
6. Projektarbeit Jüdisches Leben in der Polizei fortführen.	13
7. Bildungsbezogene Antisemitismusprävention durch Austausch für Lehrkräfte und Schulen.	13
8. Antisemitismuskritische Bildung im Lehramt (Zertifikatsstudiengang).	13
9. Antisemitismus, Antiziganismus und Diskriminierungen gemeinsam bekämpfen.....	13
10. Vereinswesen und Breitensport als wichtiger Raum für Begegnung und Demokratiebildung.....	13
11. Erinnerungskultur pflegen, modernisieren und digitalisieren.	13
12. Die Landes-Beauftragung gegen Antisemitismus weiterentwickeln.	13
Handlungsempfehlungen 2023	13

RÜCK- UND AUSBLICK DES BEAUFTRAGTEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.

Die Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft verpflichtet uns, aus der Erinnerung und Geschichte zu lernen. Dass wir heute gemeinsam als Parlament und Regierung mit den jüdischen Religionsgemeinschaften jüdisches Leben und unsere gemeinsame Zukunft würdigen und schützen können, ist ein Geschenk, aber auch eine Verpflichtung.

Information der Öffentlichkeit und pandemiebedingte neue Wege

Ein großer Bereich meiner Arbeit ist die Information der Öffentlichkeit, so war ich in den vergangenen vier Jahren bei über 550 Veranstaltungen in Gemeinden und Schulen im Land unterwegs, konnte zuhören, gemeinsam nach Lösungen für konkrete Vorfälle und Probleme suchen und Menschen in ihrem Engagement gegen Antisemitismus bestärken.

Die Zusammenarbeit und zahlreiche Vor-Ort-Termine mit den engagierten Lehrkräften der über 4.000 Schulen unseres Landes war und bleibt daher ein besonderes Anliegen.

Die letzten Jahre waren durch die Covid19-Pandemie geprägt. Ein kreatives Produkt dieser Zeit war die verstärkte Arbeit im Digitalen, z.B. der neue Podcast „Verschwörungsfragen“.

Zusammenarbeit mit Landtag und Ressorts

Für das intensive Interesse und die immer wieder fraktionsübergreifende Zusammenarbeit darf ich neben den Fraktionsvorsitzenden den vielen, engagierten Abgeordneten sowie den Mitgliedern der demokratischen Parteien im Land insgesamt danken.

Wir haben in Baden-Württemberg Entscheidendes erreicht.

Zu nennen ist beispielsweise ein umfassendes Sicherheitskonzept für die jüdischen Einrichtungen unseres Landes und die gemeinsame Tagung von Landespolizei und jüdischen Landesgemeinden in Stuttgart – die wir Wochen vor dem Anschlag auf die Synagoge von Halle auf den Weg brachten.

Dass wir in der Erweiterung des Staatsvertrages mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften neben Sicherheitsmaßnahmen auch jüdische Bildungsarbeit fördern, unterstreicht zudem, dass wir versuchen, Antisemitismus durch Bildungsarbeit im Vorfeld zurückzudrängen und die Tradierung an künftige und zuwandernde Generationen zu unterbinden.

Neue Herausforderungen und Chancen

Die Krisen der letzten Jahre zeigten: Sind Menschen verunsichert, greifen sie auf vermeintlich einfache Verschwörungsmythen zurück, denen zufolge hinter Krisen eine angebliche jüdisch mitbestimmte Weltverschwörung aktiv wäre. Insbesondere das Thema Wasser ist dabei tief in unseren philosophischen und religiösen Mythologien verankert.

Deswegen warne ich immer wieder davor, wie zentral das Thema in den kommenden Jahren werden wird und wie stark wir uns davor schützen müssen, dass dies zum Wiederaufleben gefährlicher und altbekannter Verschwörungsmymen wird.

Damit sich Geschichte nicht wiederholt, kommt es jetzt auf frühzeitige Aufklärung und vorausschauende Entscheidungen an. Die Stärkung der baden-württembergischen Abgeordneten, Kreise, Kommunen und regionalen Medien im Kampf gegen Hass, Hetze und Verschwörungsmymen bildet einen Schwerpunkt des vorliegenden Berichts.

Unsere Verantwortung schließt dabei auch die Beziehungen zur Republik Israel und die Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus ein. Baden-Württemberg kann zu den Regionen der Erde gehören, die rechtzeitig Resilienz aufbauen, um die kommenden Jahrzehnte als demokratische und offene Gesellschaft zu bestehen.

Landtag und Landesregierung haben dazu im breiten, demokratischen Konsens wichtige Weichen gestellt. Entsprechend bitte ich Sie, sich von diesem Bericht und den Handlungsempfehlungen für Ihre Arbeit anregen zu lassen. Ohne Sie können wir fast nichts, mit Ihnen auch in den kommenden Jahren aber sehr viel bewegen.

ALLGEMEIN

Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA):

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“

Antisemitismus betrifft nicht nur Juden und Jüdinnen

Erneut muss betont werden, dass die immer noch verbreitete Vorstellung, Semiten bildeten eine „Rasse“ oder „Sprachgruppe“ aus Juden und Arabern, falsch ist. Das Judentum gründet sich als erste Schrift- und Weltreligion auf das Ideal allgemeiner Bildung. Antisemitismus richtet sich gegen Bildung, Demokratie und Vielfalt.

Was bereits vor 2019 ablesbar und im ersten Bericht zu lesen war

Bereits der erste Bericht stellte klar, dass Antisemitismus nie verschwunden war, aber digital radikalisiert, stärker sichtbar wurde. Die Rolle des Internets war 2019 erkennbar hoch. Noch vor der Pandemie unterstrich der Beauftragte gegen Antisemitismus die Bedeutung und Gefahr der globalen Verbreitung antisemitischer Mythen.

Ziel des Berichts: Trotz Krisen resilient gegen Antisemitismus

Krisen befeuern den konstant ausgeprägten Antisemitismus. Auch in den nächsten Jahren zeichnen sich viele Krisen ab. Der Bericht geht den Problemfeldern, Herausforderungen von Antisemitismus nach und sucht nach Möglichkeiten, wie wir es gemeinsam schaffen können, dass die Gesellschaft trotz Krisen die Antworten nicht im Antisemitismus sucht und unsere Demokratie resilient bleibt.

PROBLEM- UND HANDLUNGSFELDER

- 1. Krisen verstärken Antisemitismus.**
- 2. Verschwörungsmythen sind Katalysatoren der Radikalisierung.**
- 3. Antisemitische Straftaten und Vorkommnisse haben stark zugenommen.**
- 4. Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft und Alltagserfahrung für Juden und Jüdinnen.**
- 5. Resignatives Anzeige- und Meldeverhalten tragen zu hohem Dunkelfeld bei.**
- 6. Verbreitung und Realwerdung von digitalem Antisemitismus sind eine Gefahr.**
- 7. Israelfeindlichkeit ist die häufigste Ausdrucksform des Antisemitismus.**
- 8. Antisemitismus und aktuelle Agitation rechter Prägung.**
- 9. Muslimischer und Migrantischer Antisemitismus müssen stärker ausgeleuchtet werden.**

1. Krisen verstärken Antisemitismus

- Seit der Herausgabe des ersten Berichts im Jahr 2019 hat sich auch das Ausmaß und Erscheinungsbild des Antisemitismus gravierend gewandelt.
- „Enge der Zeit ist die Wurzel des Bösen“ (Hans Blumenberg). Digitalisierung und Krisen befeuern Radikalisierung und Gewalt. Antisemitischer Hass ist so präsent wie lange nicht mehr. Dieser Hass ist nicht neu, auch nicht der Hass auf Modernität, auf Frauen oder Fremdes. Neu ist jedoch das Ausmaß und die Verschiebung von Tabugrenzen des Sagbaren.
- Antisemitismus zeigt sich unverhohlen, öffentlich, eingewoben in verschwörungsmythische Erzählungen, oft codiert, aber auch eindeutig und radikal. Statistiken und Studien unterstreichen das längst.
- Verschwörungsmythen liefern unterkomplexe Antworten auf gefühlte Überforderungen, Kontrollverlust und Ängste. Sie nähren die Annahme, hinter Krisen und Problemen stehe ein intendiertes Handeln geheimer und mächtiger Gruppen.
- Bereits die Pestpogrome im Mittelalter zeigten: Wenn die Pest kam, brannten die Synagogen. Antisemitische Inhalte tauchen daher in Krisenzeiten und mit dem Aufkommen neuer Medien keinesfalls zufällig auf. Bei Covid-19 verbreiteten sich bereits im Januar 2020 erste Verschwörungserzählungen auf.

2. Verschwörungsmythen sind Katalysatoren der Radikalisierung

- Antisemitische Erzählmomente sind inhärentes Element von Verschwörungsmythen mit einer hohen Anschlussfähigkeit zwischen Ideologien und Milieus.
- Sicherheitsbehörden bewerten Verschwörungsmythen als ein hohes Gefahrenpotenzial, das vor allem aus Feindbildern einer angeblichen „jüdischen Weltverschwörung“ resultiert. Entscheidend ist, Antisemitismus als Anzeichen von Radikalisierungstendenzen zu erkennen, besonders in den gewaltorientierten Bereichen des Islamismus, des Rechts- und in Teilen des Ausländerextremismus.
- Verschwörungsmythen mit Extremismusbezug (d.h. Bestrebungen, die sich gegen wesentliche Verfassungsgrundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung richten) konstruieren eine permanente „Notwehrsituation“, wodurch eine vermeintlich notwendige „Gegenwehr“ legitim wird.
- Basierend auf Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg wurden in Kapitel II der Langversion des Berichts neuere, extremistische und somit verfassungsschutzrelevante Entwicklungen dargelegt.
- Hierzu zählen insbesondere staatsdelegitimierende Agitationsformen, die in Baden-Württemberg vom Verfassungsschutz beobachteten „Querdenken“-Initiativen, „Reichsbürger“, „Selbstverwalter“, die „QAnon“-Bewegung sowie die zunehmende Entgrenzung an den Rändern, die Rolle von Social Media, die häufig antisemitisch konnotierte sog. „Gamification des Terrors“, das lose Netzwerk von Anhängern des extremistischen und militanten Akzelerationismus auf Telegram.

3. Antisemitische Straftaten und Vorkommnisse haben stark zugenommen

- Im vergangenen Jahr konnte Baden-Württemberg mit 245 polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten einen Rückgang von 27 Prozent gegenüber 2021 (337 Delikte) verzeichnen.
- **Die längerfristige Entwicklung antisemitischer Straftaten gibt aber sowohl landes- als auch bundesweit Anlass zur Sorge.** In den vergangenen zehn Jahren nahmen antisemitische Straftaten um 206 Prozent enorm zu.
- Die Zahl der Gewaltdelikte bewegt sich in den letzten zehn Jahren zwischen ein und fünf Gewalttaten (im Schnitt sind dies 2,8 antisemitische Gewaltdelikte pro Jahr).
- Herausragende Fälle wie die antisemitische Misshandlungen bei einer Studentenverbindungsfeier in Heidelberg 2020 oder der Brandanschlag auf die Ulmer Synagoge 2021 sind in der Originalfassung des Berichts nachzulesen.
- Korrespondierend zu den polizeilichen Anstiegen nahmen auch die von der Justiz erfassten Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Straftaten im Zeitraum 2019 bis 2022 von 206 auf 379 Verfahren um 84 Prozent zu.

- Dass diese in Baden-Württemberg justiziell konsequenter verfolgt werden, lässt sich aus der Statistik zum Abschluss von Ermittlungs- und Strafverfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten lesen. So stiegen Verurteilungen von 19 im Jahr 2019 auf 66 Verurteilungen im Jahr 2022 an. (Details siehe Bericht, S. 40 ff.).
- Die seit Ende 2019 eingerichtete Meldestelle für Antisemitismus beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg verzeichnet von 2020 bis 2022 ebenfalls eine gravierende Zunahme von 108 Prozent antisemitischer Meldefälle.
- Bereits in den ersten Monaten des Jahres 2023 muss ein auffallender Höchststand von 640 Meldungen festgestellt werden, wovon 177 Fälle strafrechtlich sind.

4. Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft und Alltagserfahrung für Juden und Jüdinnen

- Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen sowie die Einordnungen von Sicherheitsbehörden konstatieren seit Längerem eine auffallende Entgrenzung an den Rändern und die Auflösung bisheriger, weltanschaulicher Überzeugungen zu Gunsten eines aus Versatzstücken gebildeten Weltbilds. Teilweise verwischt die Trennlinie zwischen bürgerlichem Protest und extremistischen Handlungen.
- **Antisemitismus ist eine Erfahrung, die vielen Jüdinnen und Juden regelmäßig in ihrem Alltag aus der Mitte der Gesellschaft begegnet.**
- Beispielfhaft kann dies im Kontext Schule sichtbar gemacht werden.
- Antisemitismus manifestiert sich an Schulen unter Kindern und Jugendlichen offener, gewaltvoller und der Umgang damit stellt erhebliche Herausforderungen.
- Schulen sind als Ort von Alltagsantisemitismus bislang noch zu wenig ausgeleuchtet. Eine neue Untersuchung „Antisemitismus im Kontext Schule in Baden-Württemberg“ (Chernivsky et al, 2023) zeigt, dass Antisemitismus an Schulen häufig unbeantwortet bleibt oder relativiert wird. Lehrende brauchen hierbei strukturelle Unterstützung und wünschen auch aktiv Fort- und Weiterbildungen.
- Die wichtigste, (nicht neue) Erkenntnis ist, dass Antisemitismus häufig noch immer ein „Problem von Juden und Jüdinnen“ falsch verstanden wird. Diese Erkenntnis muss losgelöst vom Kontext Schule als Allgemeinbefund gewertet werden.

5. Resignatives Anzeige- und Meldeverhalten tragen zu hohem Dunkelfeld bei

- Eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen unterstreicht, dass von einer hohen Dunkelziffer antisemitischer Vorkommnisse und Straftaten auszugehen ist.
- Laut des aktuellen Berichts der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS) ereignen sich bundesweit täglich sieben antisemitische Vorfälle.
- Das Erleben von Antisemitismus im Alltag ist bei Betroffenen sehr viel höher und intensiver. **Betroffene berichten von zum Teil täglichen antisemitischen Vorfällen.** Diese werden jedoch häufig nicht angezeigt.

- Zu einem resignativen Anzeige- und Meldeverhalten trägt laut der Befragung „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017 – 2020“ auch die Polizei und die wahrgenommene Ergebnislosigkeit von Anzeigen bei. Eine Person aus Baden-Württemberg schildert: „Allein in den letzten zwei Jahren, [...] wurden nicht weniger als zehn Anzeigen erstattet. Antisemitische Angriffe, verbal, beinahe körperlich. [...] ALLE Anzeigen sind bis jetzt ins Leere gelaufen [...].“ (S. 77)
- Bei der Beratungsstelle OFEK Baden-Württemberg gingen seit 2020 insg. 98 Beratungsanfragen ein. Auch hier wird festgestellt, dass Betroffene eine historisch gewachsene, teils kulturell bedingte Zurückhaltung aufweisen.
- Es muss näher erörtert werden, inwiefern sich die **Perspektivendivergenz** auf die Abbildung von Antisemitismus auswirkt, wie das Vertrauen verbessert und das Dunkelfeld aufgeheitelt werden kann.

6. Verbreitung und Realwerdung von digitalem Antisemitismus sind eine Gefahr

- Die Langzeitstudie „Antisemitismus 2.0“ (TU Berlin) unterstreicht zwei zentrale Befunde (weitere Ergebnisse sind in der Berichtslangfassung ausgeführt):
„Die Omnipräsenz von Judenfeindschaft ist integraler Teil der Webkommunikation 2.0“ und
 „Die alltäglichen Kommunikationsprozesse der **Alltagsuser sind verantwortlich** für Verbreitung und Normalisierung jüdenfeindlichen Gedankenguts; Judenhass zeigt sich als Phänomen der gesamten Gesellschaft und als omnipräsender Teil der Netzkultur.“
- Im „Lagebild Antisemitismus“ hält auch das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, dass der digitale Raum für die Verbreitung von Antisemitismus und die Gefahr einer Radikalisierung von Einzelpersonen entscheidend ist und einer Verfestigung von zum Teil lediglich latent vorhandenen antisemitischen Einstellungen birgt.
- Die Realwerdung von digitalem Hass ist eine noch immer unterschätzte Gefahr. Dabei ist wissenschaftlich gesichert, dass Gewaltexzesse und Verrohung im Netz Persönlichkeiten real verändern und Einfluss auf das Verhalten im Alltag haben.
- **Das Internet ist einer der gefährlichsten Radikalisierungsräume für Antisemitismus.**
- Eine Darstellung aktueller, gefährlicher antisemitischer Internetphänomene wie das Meme „Auschwitz-Pepe“, das sog. „Gnome-Hunting“, die „Gamification des Terrors“, Videospiele wie „KZ Manager“ oder „Heimatdefender: Rebellion“ oder die Besorgnis erregende Agitationsform „Terrorgram“ des sog. Akzelerationismus findet sich in Kapitel II des Berichts (S. 22 ff.).

7. Israelfeindlichkeit ist die häufigste Ausdrucksform des Antisemitismus

- **Der Hass auf Israel und Verschwörungserzählungen sind nach wie vor eine der bestimmenden Äußerungsformen des Antisemitismus.**
- Jüdinnen und Juden erleben israelbezogenen Antisemitismus besonders häufig und besonders stark, insb. das sog. antisemitische **Othering**. Damit ist ein Fremd-Machen bzw. der Ausschluss aus einem „Wir“ gemeint. Bei israelbezogenem Antisemitismus bedeutet das, dass deutsche Jüdinnen und Juden mit Israel identifiziert und für israelisches Handeln verantwortlich und damit implizit zu Fremden gemacht werden.“ (siehe auch o.a. RIAS-Befragung).
- Bei der obsessiven Feindschaft gegenüber Israel bilden sich antisemitische Querfront-Allianzen aus unterschiedlichen Akteuren. Beispiele hierfür sind in der Langfassung des Berichts dargelegt (S. 24 ff.), insb. gravierende Vorfälle im Kontext des sog. **„Nakba-Tag“**. Dort werden auch die Ausführungen zur sog. „Nakba-Erzählung“ im zivilgesellschaftlichen Lagebild Antisemitismus der Amadeu-Antonio-Stiftung empfohlen und das Spannungsverhältnis des verfassungsrechtlich hohen Schutzes und dem Missbrauch der Versammlungsfreiheit diskutiert.
- Positiv hervorzuheben ist hierbei der Entschließungsantrag des Landtags vom 07.03.2023 zum **Verbot antisemitischer Versammlungen auf Plätzen alter Synagogen**, um dem besonderen Schutz jüdischer Erinnerungs- und Begegnungsorte im Lichte der Versammlungsfreiheit gerecht zu werden.
- Der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus blickt nach wie vor mit großer Sorge auf die vom Deutschen Bundestag und dem Landtag Baden-Württemberg als eindeutig antisemitisch eingestufte Bewegung „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) sowie unterstützende Organisationen.
- Sehr zu begrüßen ist auch hier das entschiedene Handeln und die **„Gemeinsame Resolution gegen die BDS-Bewegung“** des Landtags Baden-Württemberg. Das Thema hat einen steigenden Anteil an der Arbeit des Beauftragten eingenommen. Auch Formen eines pseudo-progressiven und -intellektuelle Antisemitismus greifen immer wieder Raum. So zum Beispiel der skandalöse Umgang mit den antisemitischen Darstellungen der documenta fifteen in Kassel 2022. Dr. Michael Blume bezog auch hierzu klar Stellung.

8. Antisemitismus und aktuelle Agitation rechter Prägung

- Die vorangegangenen Ausführungen und Problemfelder dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Antisemitismus eine nach wie vor überwiegend rechte Prägung hat. Das starke Übergewicht zeigt sich insbesondere bei der Politisch motivierten Kriminalität sehr deutlich. Zur Vertiefung wird auf die Langfassung des Berichts (S. 30) verwiesen.

- Exemplarisch wird dort der im Landkreis Schwäbisch Hall aktive, rechtsextremistische, in antisemitischer Tradition stehende, europaweit vernetzte „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ (BfG) genannt und näher beschrieben.

9. Muslimischer und Migrantischer Antisemitismus müssen stärker ausgeleuchtet werden

- Ein bislang verhältnismäßig wenig ausgeleuchtetes Dunkelfeld ist die Verbreitung des muslimischen Antisemitismus.
- Erkenntnisse liefert die sog. MEDIENDIENST-Expertise (Dr. Sina Arnold). Danach weisen bspw. Musliminnen und Muslime höhere Zustimmungswerte zu klassischem Antisemitismus auf. Integration spielt dabei eine entscheidende Rolle.
- Eine Befragung zeigte 2017, dass Jüdinnen und Juden für einen großen Teil der Beleidigungen und Übergriffe muslimische Personen als Täter benannten (Bericht des „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung“).
- Dieses Problem muss stärker erforscht, benannt, erörtert und durch Aufklärungs- und Präventionsarbeit angegangen werden.
- Allerdings gilt es auch, davor zu warnen, Antisemitismus populistisch zu instrumentalisieren, jüdische und muslimische Menschen gegeneinander auszuspielen.
- Erfolgreiche baden-württembergische Modellprojekte wie „Sami, Max, Fritz und Otto aus Mannheim. Über Lebensgeschichten stolpern“ (Deutsch-Türkisches-Institut und Marchivum Mannheim) unterstreichen die Wirksamkeit gemeinsamer, interreligiöser bzw. interkultureller Lösungsansätze.

ERREICHTES

Im 2019 vorgelegten Ersten Bericht hat der Beauftragte gegen Antisemitismus **77 Handlungsempfehlungen** zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus in Baden-Württemberg ausgesprochen.

➤ **Umgesetzte Empfehlungen: 49**

Beispielhaft: Einsetzung der europaweit ersten Polizeirabbiner. Stärkung der Fortbildung für Lehrkräfte und Landesbedienstete. Förderung für die Beratungsstelle „OFEK“.

➤ **Teilweise umgesetzte Empfehlungen: 15**

Beispielhaft: Rentenrechtliche Gleichstellung von jüdischen Zugewanderten.

➤ **Nicht umgesetzte Empfehlungen: 13**

Beispielhaft: Einsetzung von Beauftragten gegen Antisemitismus in den Kommunen, Digitalisierung der „Zeitschrift für jüdisch-christliche Begegnung im Kontext“ (ZfBeg), Ehrung von Ludwig und Johanna Marum.

Darüber hinaus hat der Beauftragte gegen Antisemitismus eine Vielzahl von Handlungsfeldern definiert und Maßnahmen angestoßen.

➤ **Koordination der Maßnahmen der Landesregierung**

- Der Beauftragte brachte sich bei der Umsetzung der o.a. Empfehlung aktiv ein, beispielsweise bei der Entstehung und Realisierung der beiden Polizeirabbiner.
- Mit dem Sozialministerium begleitete er den Aufbau der Meldestelle Antisemitismus.
- In der Diskussion um antisemitische Darstellungen in Schulbüchern stand der Beauftragte in regelmäßigem Austausch mit dem Kultusministerium und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL).
- Bei der Förderung für die „Erforschung der autobiografischen Schriften des Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel“ war der Beauftragte im direkten Austausch vor Ort bei der Forschungsstelle an der Universität Tübingen.

➤ **Ansprechpartner für die Belange jüdischer Gruppen und Organisationen**

Diejenigen zu unterstützen, die primär von Antisemitismus betroffen sind, ist für den Beauftragten die zentrale Aufgabe seines Amtes. Daher ist die enge Verbindung zu den Israelitischen Religionsgemeinschaften (IRGen) und anderen jüdischen Gruppen im Land ein besonderes Anliegen. Der enge Austausch und das große, entgegengebrachte Vertrauen sind daher die größte Auszeichnung für die Arbeit der zurückliegenden Jahre.

➤ **Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“**

Von mehr als 2000 Veranstaltungen wurden 200 in Baden-Württemberg ausgerichtet.

➔ **Filmprojekt „Jung und Jüdisch in Baden-Württemberg“**

Die Landesregierung und der Beauftragte gaben einen 40-minütigen Film in Auftrag, der das junge und diverse jüdische Leben in Baden-Württemberg zeigt.

➔ **Umbenennung der Heinrich-Heine-Höhe in Stuttgart**

Bis 1933 war die heutige Richard-Wagner-Straße nach Heinrich Heine benannt. Der Ministerpräsident und der Beauftragte schlugen der Stadt Stuttgart eine Umbenennung des dortigen Aussichtspunktes „Wieland-Wagner-Höhe“ vor. Dies wurde 2021 realisiert.

➔ **Förderung und Ansprechpartner**

Der Beauftragte unterstützt zivilgesellschaftliche Akteure, die Projekte zur Antisemitismusbekämpfung entwickeln. Anschubfinanzierungen erfolgten für Themen wie Betroffenenenschutz, Aufklärung und Begegnung. Beispiele hierfür sind:

- Meldestelle Antisemitismus beim Demokratiezentrum BW (11.000,- €).
- Beratungsstelle OFEK mit Standorten in Freiburg und Stuttgart (60.000,- €).
- Forschungsprojekt zu Antisemitismus im Kontext Schule von der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland e.V. (29.000,- €).
- „Meet a Jew“ vom Zentralrat der Juden initiiertes Projekt (40.000,- €).
- SCORA - Schools Opposing Racism and Antisemitism zum Austausch zwischen baden-württembergischen und israelischen Schulen (25.000,- €).
- Weiterentwicklung der Buchstabiartafel des Deutschen Instituts für Normung.

➔ **Mitwirkung in der Bund-Länder-Kommission und auf europäischer Ebene**

- In regelmäßigen Sitzungen tauschen sich die Beauftragten der Länder aus. Die Bund-Länder-Kommission hat an der Erstellung einer nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdischen Leben (NASAS) mitgewirkt.
- Wichtig ist auch die europäische Perspektive, so war Dr. Michael Blume u.a. Redner bei Sitzungen der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission.

➔ **Aufklärung und Sensibilisierung durch Öffentlichkeitsarbeit, politische und kulturelle Bildung**

- Seit seiner Einsetzung hat Dr. Michael Blume über **550 Vorträge, Workshops, Diskussionen oder andere Arten von Aufklärungs- und Präventionsveranstaltungen** durch. Der Beauftragte gegen Antisemitismus war bei vielen Schulen, Vereinen, religiösen Institutionen, Bildungseinrichtungen, Parteien, Gewerkschaften und anderen Orten des gesellschaftlichen Lebens.
- Die Zeit der Pandemie bremste die öffentliche Tätigkeit fast gänzlich aus, dafür wurden online-Formate forciert.

Der Zweite Bericht enthält 46 Handlungsempfehlungen

- Ein Teil davon sind nicht umgesetzte, der Großteil sind neu formulierte Empfehlungen.
- Die Vertrauenskrise in demokratische und rechtsstaatliche Staaten wird sich weiter verschärfen. Baden-Württemberg hat das Potential für eine gute und gemeinsame Zukunft. Die vorliegenden Handlungsempfehlungen sind ein Beitrag aus der Perspektive des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus, die Bekämpfung von Antisemitismus und Verschwörungsmythen voranzubringen.

Zwölf Handlungsfelder der Empfehlungen

- ➔ Kreise und Kommunen als engagierte Partner stärken.
- ➔ Benachteiligung jüdischer Zugewanderter beheben.
- ➔ Projekte gegen digitale Hetze stärken.
- ➔ Medienschaffende und Wissenschaftlerinnen als Mitbetroffene antisemitischer Verschwörungsmythen schützen.
- ➔ Justiz als Partner der jüdischen Gemeinden stärker greifbar machen.
- ➔ Projektarbeit Jüdisches Leben in der Polizei fortführen.
- ➔ Bildungsbezogene Antisemitismusprävention durch Austausch für Lehrkräfte und Schulen.
- ➔ Antisemitismuskritische Bildung im Lehramt (Zertifikatsstudiengang).
- ➔ Antisemitismus, Antiziganismus und Diskriminierungen gemeinsam bekämpfen.
- ➔ Vereinswesen und Breitensport als wichtiger Raum für Begegnung und Demokratiebildung.
- ➔ Erinnerungskultur pflegen, modernisieren und digitalisieren.
- ➔ Die Landes-Beauftragung gegen Antisemitismus weiterentwickeln.

Handlungsempfehlungen 2023

1. **Weitere Stärkung der Beratungs- und Strafverfolgungsstrukturen zu digitalem Hass** beim LKA Baden-Württemberg und zivilgesellschaftlichen Partnern wie die Meldestelle „REspect!“ und die Meldestelle Antisemitismus bei der Jugendstiftung, die Beratungsstellen OFEK, Zebra BW und HateAid.

2. **Einbeziehung von Verantwortlichen der Kreise und Kommunen** zur weiteren Umsetzung der erfolgreichen, **staatsvertraglichen Regelungen** zwischen den jüdischen Religionsgemeinschaften und dem Land.
3. **Benennung und Weiterbildung von Fachpersonen in den Kommunen**, die das lokale Auftreten antidemokratischer, antisemitischer und wissenschaftsleugnender Verschwörungsmythen erkennen und bearbeiten können.
4. **Anpassung der geltenden AGBs**, um die Verbreitung von Verschwörungsmythen somit potentieller Radikalisierung durch Nutzung öffentlicher und durch Steuergelder finanzierter Räume zu verhindern.
5. **Weiterfinanzierung der Arbeit der Islamberatung** für Städte und Kommunen, um interreligiösen Spaltungen rechtzeitig entgegenzuwirken und das Miteinander der Religionen zu stärken. **Interreligiöse Dialogprojekte** sind von besonderer Bedeutung für unser zukünftiges Miteinander.
6. Unterstützung von Initiativen für eine länderübergreifende und faire **rentenrechtliche Gleichstellung zugewanderter Jüdinnen und Juden**.
7. **Anerkennung des im süddeutschen Sprachraum entwickelten Judendeutsch/Jiddisch** als wichtigen Teil der deutschen Sprachtraditionen.
8. Weiterer Ausbau der Förderstruktur für **schulische und außerschulische Projekte gegen digitale Übergriffe, Hetze und Cybermobbing**.
9. **Nutzung von Künstlicher Intelligenz**, um konstruktive und auf die Abwehr von Hass, Hetze und Antisemitismus gerichtete Instrumente zu fördern, um die Reproduktion antisemitischer Verschwörungsmythen durch KI zu verhindern.
10. Fortführung des **Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“** über die jetzige Legislaturperiode hinaus und Ausstattung mit einem eigenen Budget zur Förderung von Projekten.
11. Beauftragung einer **Studie, die die Erfahrungen von Medienschaffenden** in Baden-Württemberg mit antisemitischen, menschen- und demokratiefeindlichen Beschimpfungen und Drohungen erfasst.
12. **Solidarität mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern**, die mit Verschwörungsvorwürfen attackiert werden und ggf. Schaffung von entsprechenden **Beratungsangeboten**.
13. Stärkere **Betonung der Bedeutung der Pressefreiheit in Schulen und Öffentlichkeit** und somit einer faktenorientierten und vielfältigen Medienlandschaft als konstitutives Element einer funktionierenden Demokratie.

14. Fortbildung des Rechts u.a. durch klärende Gerichtsverfahren und **Sensibilisierung, Aus- und Weiterbildung von Angehörigen der Justiz** für die Tragweite von Antisemitismus und Verschwörungserzählungen.
15. **Ausbau des Dialogs zwischen Justiz und jüdischen Gemeinden** mit den Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Wahrnehmung der bisweilen akuten Sorgen der jüdischen Gemeinden. (Siehe Landtagsdebatte 09.03.2023, Protokoll 17/60).
16. **Verstetigung der erfolgreichen Polizeirabbinat** (zwei halbe Stellen).
17. **Strukturelle Finanzierung der polizeilichen Projektarbeit jüdisches Leben und der Polizeirabbinat im Landeshaushalt.**
18. Perspektivische Überlegung einer dritten Stelle für eine liberale Polizei-Rabbinerin, um die **reale Vielfalt jüdischen Gemeindelebens** sichtbar zu machen.
19. Aufgreifen der vom bundesdeutschen Militärrabbinat vorgebrachten, europaweit interessanten Überlegungen zu **rabbinischen Aus- und Weiterbildungen bei nichtjüdischen Mehrheitsgruppen an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg.**
20. **Verstetigung und landesweiter Ausbau des Schulaustauschprojekts SCORA** zwischen Baden-Württemberg und Israel als erfolgreiches, vorbildliches Bildungs- und Begegnungswerk.
21. Förderung und Erhöhung der Zahl der Austauschplätze des Programms „**Teachers for the Future**“ an den Pädagogischen Hochschulen.
22. Finanzielle Förderung und Begleitung von Kooperationsprojekten zwischen Schulen, Polizei- und Feuerwehreinheiten, Kommunen mit den **französischen Gedenkorten Gurs und Izieu**. Besonders förderungswürdig sind sog. **Peer-to-Peer-Ansätze in der Antisemitismusprävention** wie z.B. das Projekt „Sami, Max, Fritz und Otto aus Mannheim. Über Lebensgeschichten stolpern“ (Deutsch-Türkisches-Institut und Marchivum Mannheim).
23. Ausbau erfolgreicher Projekte wie „**Meet a Jew**“, auch um deutlich zu machen: Das lebendige Judentum gehört in seiner Vielfalt seit jeher und in Zukunft zu Baden-Württemberg und seinen Bildungslandschaften.
24. Eine **Stelle im Arbeitsbereich des Beauftragten** für den **Aufbau und die inhaltliche und praktische Begleitung zertifizierter Bildungsprojekte** für Schulen, Hochschulen, Kommunen, Stiftungen, Gewerkschaften und Unternehmen durch die Absprache und Überprüfung von Mindeststandards.
25. Unterstützung des Aufbaus der **antisemitismuskritischen Bildungsprojekte** an der Pädagogischen Hochschule **Ludwigsburg** und der Universität **Tübingen**.

26. Gewinnung der staatlich mitfinanzierten Studiengänge für christliche Theologie und islamische Studien in Baden-Württemberg für die Verankerung eines **Seminars zum lebendigen Judentum als Pflichtmodul**.
27. Aufgreifen des hohen Interesses von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite an **Fortbildungen im Umgang mit digitalem Hass und Verschwörungsmythen**, auch an Berufsschulen oder bei Weiterbildungsträgern.
28. Fortführung der sehr guten **Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Sinti und Roma**, auch im Expertenkreis des Beauftragten.
29. Fortschreibung der **regierungsunabhängigen Gedenk- und Bildungsarbeit** des Landtages und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dadurch Stärkung der Kontrollfunktion der Legislative gegenüber der Exekutive.
30. Benennung der Verschränkungen **gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** wie Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus und **Entgegenwirken gegen ein Auspielen betroffener Gruppen**.
31. Stärkere **Einbindung der beiden jüdischen Studierendenverbände** sowie der konfessionellen und demokratischen Studienförderwerke zu Gesprächen, um gemeinsam Zukunftsthemen zu erschließen und sichtbar zu machen.
32. Bewusste **Hervorhebung und Anrufung gemeinsamer Anliegen** (wie Bildung, ehrenamtliches Engagement, Geschichts- und Heimatbewusstsein, Wissenschaft und Naturschutz) der von Hass und Hetze betroffenen Gruppen, statt einer defizitorientierten und bemitleidenswerten Ansprache.
33. Aufnahme der Förderung der baden-württembergischen **Makkabi-Ortsvereine** sowie des **Projekts „zusammen1“**, das über Antisemitismus im Sport aufklärt.
34. Gemeinsames Ausloten von Möglichkeiten durch **Makkabi und dem Landes-Sportbund**, um Partnerschaften verschiedener Sportvereine in Baden-Württemberg und mit Israel zu stärken.
35. **Gemeinsames baden-württembergisches und elsässisches Gedenken**, um an die elsässischen Pfadfinderinnen zu erinnern, die während der NS-Zeit jüdische und nichtjüdische Flüchtende retteten und zum Teil in Stuttgart inhaftiert wurden.
36. Stärkere Betonung der **Bedeutung des Vereinssports und zivilgesellschaftlicher Bewegungen für gelingende Integrations- und Begegnungsprozesse** und Entgegenwirken gegen zunehmend übersteigerte Preise für die mediale und praktische Teilhabe an beliebten Sportarten.
37. Mittelbereitstellung für das Landesarchiv Baden-Württemberg zur Sicherstellung einer dauerhaften **Archivierung jüdischer und erinnerungskulturell besonders**

wertvoller Gedenkorte im Netz wie „Allemania Judaica“ und „Die Namen der Nummern“. Es wäre ein schwer zu erklärender Schaden, wenn diese bereits in Jahrzehnten geleistete Arbeit für immer verlorengehe.

38. **Unterstützung von Gedenkstätten bei der Digitalisierung ihrer Angebote**, v.a. über die LpB. Beispielhaft hierfür ist die Digitalisierung, Würdigung und Sanierung der jüdischen Gräber in Gurs, die insb. vom Kultusministerium verantwortet wurde.
39. Dialogische **Förderung und Digitalisierung der „Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung im Kontext (ZfBeg)“**, die als frühere christlich-jüdische „Freiburger Rundbriefe“ durch Gertrud Luckner (1900–1995) ein einzigartiges, immaterielles Kulturerbe in Baden-Württemberg darstellen.
40. Bereitstellung von Mitteln für eine **gemeinsame, generationenübergreifende Tagung der LAG Gedenkstättenarbeit** mit der LpB und jungen, jüdischen und nichtjüdischen Aktiven an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg. Ziel ist es, Perspektiven der nächsten Generationen auf Gedenkstätten und künftige Arten der Erinnerungsarbeit zu formulieren.
41. **Stärkung innovativer und digitaler Projekte** wie die Stadtführungs-App „Jüdisches Leben in Breisach“, die Ausstellungen „Gegen das Vergessen“ und „Nobody’s Listening“ oder den Podcast „Verschwörungsfragen“ des Beauftragten zu, damit die Erinnerungskultur neue Generationen erreicht und im kritischen Gespräch mit aktuellen Trends von Medien, Kunst und Kultur bleibt.
42. **Erweiterung der Beauftragung gegen Antisemitismus um die „Förderung jüdischen Lebens“** analog zum Bund und anderen Ländern und gemäß der Nationalen Strategie (NASAS), die „jüdisches Leben“ als Grundsäule ausweist.
43. **Landesgesetzliche Regelung** für eine langfristige Sicherung der personellen und finanziellen Ausstattung der Beauftragung gegen Antisemitismus.
44. **Zweijähriger Fachtag gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben**, bei dem Erkenntnisse und Problemfelder interdisziplinär und ressortübergreifend ausgetauscht und erörtert werden können.
45. **Verdichtung, Vernetzung** und gemeinsame Vorstellung der Ergebnisse der Sicherheitsbehörden beim Innenministerium, der Justiz, der Beratungs- und Meldestellen im Land mit dem Beauftragten gegen Antisemitismus.
46. Zusammenführung des erfolgreichen Staatsvertrags zwischen dem Land Baden-Württemberg und den IRGen mit dem zeitlich befristeten, sicherheitsbezogenen Annex zu einem **gemeinsamen Vertragswerk**.